Stadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss II / 6
Sitzungstag:	Dienstag, den 15.11.2005
Sitzungsort:	Altes Seminar, Ratssaal, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:55 Uhr

T A G E S O R D N U N G:

1. **Öffentliche Sitzung**

1.1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse**

1.3. **Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW** - entfällt -

1.4. **Beschlüsse** - entfällt -

1.5. **Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse** - entfällt -

1.6. **Empfehlungen an den Rat**

1.7. **Anfragen** - keine -

1.8. **Anträge** - keine -

1.9. **Mitteilungen**

1.9.1. Konzeption zum weiteren Betrieb der Hallenbäder der Stadt Wipperfürth
-Mündlicher Zwischenbericht zum aktuellen Sachstand-

1.9.2. Organisatorische und personelle Veränderungen zum 01.01.2006

1.10. **Verschiedenes**

1.10.1 Schreiben des Arbeitskreises Gestaltung und Verkehr des Stadtmarketings an Verwaltung und Fraktionen

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **Forsting** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

Bürgermeister **Forsting** zieht den Tagesordnungspunkt 1.6.2 zurück. Der Entwurf einer Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung werde erst im Laufe des Jahres 2006 zur Beratung vorgelegt. Hintergrund der Verschiebung seien nicht unerhebliche Gebührensteigerungen durch geringere Fallzahlen, die die Verwaltung zunächst zu einer intensiven Prüfung veranlasse, ob und wie die Gebührenbelastung begrenzt werden kann.

Ansonsten wird die Tagesordnung in der Form der Einladung einvernehmlich anerkannt.

1.1.2. Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

1.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW - entfällt -

1.4. Beschlüsse - entfällt -

1.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

1.6. Empfehlungen an den Rat

1.6.1. XXI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth

Ratsherr **Stein** stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, über den Vorschlag zur Beschlussempfehlung an den Rat heute nicht abzustimmen.

Er stellt dar, wie sich die Gebühren in den vergangenen Jahren unter Einbeziehung des Rücklagenverzehrs, aber auch nach der Verlagerung von Reinigungspflichten auf die Bürgerschaft entwickelt haben. Insbesondere im Bereich des Winterdienstes sei der Leistungsstandard heruntergefahren worden. Für die SPD-Fraktion sei nicht klar, ob eine Leistungskontrolle stattfindet über die beauftragten Leistungen. Es fehle in der Kalkulation ferner eine Aufschlüsselung über die Höhe der Fahrzeug- und der Personalkosten je Stunde bei Einsätzen sowohl des Baubetriebshofes als auch bei den beauftragten Fremdunternehmen. Auch sei nicht zu erkennen, in welchem Rahmen Fremdunternehmen eingesetzt werden und wie deren Umfang im Verhältnis zu den Leistungen des Baubetriebshofes stehen. In der Vorlage würden die Kosten für einen Tag Winterdiensteinsatz mit 15.000 € beziffert, ohne dass dargestellt werde, wie sich dieser Betrag zusammensetzt.

Auch im Fachausschuss sei trotz immer wieder durch seine Fraktion angemahnter Auskünfte hierüber bis heute keine Aussagen zu diesen Fragen gemacht worden. Offen sei bis heute die Frage, wo denn die tatsächlichen Fixkosten seien und wie denn die anderen Kosten zustande kämen. Eine Differenzierung zwischen Materialkosten, Sachkosten, Verbrauchskosten werde nicht gemacht. Eine solche Aufschlüsselung sei auch unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden NKF-Einführung und mit dem Ziel der Kosteneinsparung sinnvoll. Jetzt bestehe die Möglichkeit, die Fraktionen in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses über diese Zusammenhänge aufzuklären, es sei denn, dass die Fragen heute nachvollziehbar beantwortet werden.

StBD **Barthel** führt aus, Grundlage der Einsätze der Sommerreinigung sei ein entsprechender Vertrag mit der beauftragten Reinigungsfirma, durch den auch die zu reinigenden Straßenabschnitte und die Reinigungshäufigkeit (alle 14 Tage) festgelegt sei. Auch eine Kontrolle finde statt. Daneben stünden die vom Baubetriebshof wahrgenommenen Winterdiensteinsätze und im übrigen die auf die Bürgerschaft übertragenen Straßenreinigungen.

Ratsherr **Stein** erklärt, dies sei in keiner Weise die Beantwortung seiner Fragen. Auch nicht zufriedenstellend sei eine Aussage, alle 14 Tage finde der Kehrdienst statt, wenn es auf der anderen Seite vereinzelt Klagen aus der Bürgerschaft gebe, es sei nicht gekehrt worden. Er habe, wenn er als Ratsmitglied über die Höhe der Gebühren mitzuentscheiden habe, Anspruch darauf zu wissen, wie sich die zugrunde gelegten Kosten dezidiert zusammensetzen. Den Bürgern könne nicht nur immer in die Tasche gegriffen werden, wenn nicht klar erkennbar sei, wie sich die Gegenleistung zusammen setzt. In einen Betriebsabrechnungsbogen gehöre mehr als das, was die Verwaltung als Kalkulation vorlege. Mit den aufgeführten Gesamtkosten könne er nichts anfangen. Ebenso könne er keine Stundensätze erkennen.

Ratsherr **Kohlgrüber** erklärt, auch beim NKF würden dem Rat doch keine Stundenzettel vorgelegt. Das, was die Verwaltung an Daten den jeweiligen Kostenstellen zugeordnet habe, müsse der Rat als richtig voraussetzen. Er persönlich könne nicht nachvollziehen, warum Herr Stein die Kalkulation anzweifelt. Der Aufbau der Vorlagen sei seit Jahren immer gleich gewesen. Es könne nicht Aufgabe des Rates sein,

dazu alle Stundenzettel zu kontrollieren. Er bestehe aber nicht darauf, dass heute eine Beschlussempfehlung ausgesprochen wird.

Bürgermeister **Forsting** erklärt, alle für eine Beschlussfassung notwendigen Angaben seien in der Gebührenkalkulation enthalten. Sicherlich könnten die von Herrn Stein gestellten Fragen in der nächsten Sitzung des SUB beantwortet werden. Eigentlich sei dies ein klassischer Fall für eine Beauftragung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Ratsherrn **Stein** erklärt, ihm gehe es bei seinen Nachfragen doch vor allem darum, auch als Ratsmitglied beurteilen zu können, ob es Einsparpotentiale gibt oder nicht. Dies sei auch eine Aufgabe der Politik, und zwar unabhängig von einer denkbaren Überprüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Ratsherr **Koppelberg** hält den Vorschlag des Bürgermeisters, die Fragen des Herrn Stein in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu beantworten, für den richtigen Weg. Der Rat habe tatsächlich auch eine Kontrollfunktion wahrzunehmen und könne nicht alle Vorlagen der Verwaltung ohne jegliche Prüfung nur „abnicken".

Stadtkämmerer **Orbach** teilt mit, dass in einer der letzten Ratssitzungen nach Vorberatung durch den Betriebsausschuss der Personalstundensatz des Baubetriebshofes neu festgesetzt worden sei. Die Einsatzkosten für die jeweiligen Fahrzeuge seien sehr unterschiedlich, teilweise würden diese auch für Anbaugeräte gesondert bewertet und schwankten zwischen 15 und 40 €. Die Einsatzkosten für eine Stunde Fremdunternehmereinsatz (Fahrzeug- einschl. Personalkosten) würden sich auf rund 65 € pauschal belaufen.

Letztlich fasst Bürgermeister **Forsting** zusammen, dass heute keine Beschlussempfehlung ausgesprochen wird und die gestellten Fragen in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 29.11.2005 beantwortet werden sollen. Über den eingangs gestellten Antrag des Ratsherrn Stein wird nicht mehr formal abgestimmt.

1.6.2 VI. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth

-von der Verwaltung zurückgezogen, vgl. TOP 1.1.1 (Anerkennung der Tagesordnung) -

1.7. **Anfragen** - entfällt -

1.8. **Anträge** - entfällt -

1.9. Mitteilungen

1.9.1. Konzeption zum weiteren Betrieb der Hallenbäder der Stadt Wipperfürth -Mündlicher Zwischenbericht zum aktuellen Sachstand-

Bürgermeister **Forsting** erklärt, sich mit seinem heutigen Bericht mit Sicht auf die anstehende intensive Beratung und entsprechenden Vorlagen in der Betriebsausschusssitzung am 24.11.2005 kurz halten zu können. Dort würden in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden auch die konzeptionellen Überlegungen der IG WLS durch deren Vertreter vorgetragen. Die Betriebsleitung schlage dem Ausschuss einen Beschluss vor, das Hallenbad Ringstraße probeweise zu schließen.

Es zeichne sich zumindest aus seiner Sicht ab, dass bis spätestens vor Weihnachten dieses Jahres alle Entscheidungsgrundlagen vorlägen, um festzulegen, wie mit dem Weiterbetrieb der Bäder umzugehen ist. Im Verwaltungsvorstand habe man heute abgestimmt, dass die eigentlich für Sommer 2006 vorgesehene Entscheidung des Rates auch mit Rücksicht auf die Abhängigkeiten zum Thema „Offene Ganztagsschule“ bereits einige Monate eher getroffen werden sollte. Deshalb würden Sondersitzungen des Betriebsausschusses am 02.02.2006 und des Rates am 07.02.2006 vorgesehen.

Er geht auf Nachfrage des Ratsherrn Bernd **Schmitz** nochmals auf das Vorziehen der anstehenden Grundsatzentscheidung des Rates ein. Alle relevanten Grundlagen würden in den nächsten Wochen vorliegen. Dazu gebe es auch im nichtöffentlichen Teil der Betriebsausschusssitzung am 24.11.2005 weitere wichtige Informationen. Bei allen Ansatzpunkten in der Diskussion könne man jetzt schon sagen, dass die finanzielle Entlastung durch die IG WLS im Verhältnis zur Gesamtkostenlage des Bäderbetriebes nicht nennenswert ins Gewicht falle. Das Engagement der Interessengemeinschaft sei sehr zu würdigen, es trage auch erheblich zu einem besseren Image bei.
Insofern sei die politische Entscheidung des Rates nach Gewichtung aller entscheidungsrelevanten Aspekte gefragt. Die durch das Engagement der IG WLS erreichte Verbesserung der Einnahmesituation reiche leider bei weitem noch nicht einmal aus, um allein die gestiegenen Energiekosten aufzufangen.

1.9.2. Organisatorische und personelle Veränderungen zum 01.01.2006

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die nachfolgende schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis:

„Die Haushaltssatzung 2005 / 2006 ist in der Ratssitzung am 14.12.2004 verabschiedet worden. Der Stellenplan (mit Stellenübersichten) als Pflichtanlage nach der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (siehe Seiten 589 – 596 des Budgetbuches) ist formal ebenfalls gültig für die Geltungsdauer des Doppelhaushalts 2005/2006. Insofern ist ein neuer Stellenplan erst wieder für das Haushaltsjahr 2007 zu beschließen. Zu diesem Zeitpunkt ist beabsichtigt, die Reorganisation der städtischen Eigenbetriebe in die Gesamtverwaltung abzuschließen und darüber hinaus den Gesamthaushalt nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) zu konzipieren.

Anders verhält es sich letztmalig in diesem Jahre noch bei den städtischen Eigenbetrieben, deren Wirtschaftspläne für das Jahr 2006 in der Ratssitzung am 25.10.2005 eingebracht wurden, zur Vorberatung in der Betriebsausschusssitzung am 24.11.2005 anstehen und am 14.12.2005 vom Rat verabschiedet werden sollen. Bestandteile der Wirtschaftspläne sind die jeweiligen Stellenübersichten für das Jahr 2006. In der Betriebsausschusssitzung ist wie in den Vorjahren die Anhörung des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten vorgesehen. Der bisherigen Übung entsprechend werden dem Betriebsausschuss zur Vorberatung Stellenverzeichnisse und Erläuterungen zu den personellen Veränderungen vorgelegt.

Da nach Absatz 1 die Vorberatung eines separaten Stellenplanes und die entsprechende Beschlussfassung im Rahmen einer Haushaltsverabschiedung für das Haushaltsjahr 2006 entfallen, ist nach Auffassung der Verwaltung in diesem Jahr die übliche Sitzung des HFA-Unterausschusses „Personal“ entbehrlich. Stattdessen ist beabsichtigt, den Rat durch eine schriftliche Mitteilung in der nichtöffentlichen Sitzung am 14.12.2005 an die anstehenden und verhältnismäßig geringfügigen Veränderungen anzubinden. Vorgelegt werden dann die Stellenverzeichnisse für Beamte und tariflich Beschäftigte (mit der aktuellen Eingruppierung in die Entgeltgruppen nach dem ab 01.10.2005 geltenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst -bisher: Angestellte und Arbeiter-). Zusätzliche Informationen sind in diesem Rahmen vorgesehen über die Gesamtentwicklung des Personalbestandes (einschließlich Eigenbetriebe) und Vergleichskennzahlen, soweit sie in aktualisierter Form von der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen bereit gestellt werden können.

Einzelheiten hierzu können, soweit in öffentlicher Beratung schutzwürdige Interessen des Personals nicht verletzt werden, in der Haupt- und Finanzausschusssitzung mündlich mitgeteilt werden.“

****

Bürgermeister **Forsting** fragt bei dieser Gelegenheit, ob trotz des Wegfalls von Einbringungs- und von Haushaltsreden in diesem Jahr von den Fraktionen gewünscht ist, in der Ratssitzung am 14.12.2005 einen Tagesordnungspunkt vorzusehen, in dem pointiert die Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2006 dargestellt werden. Möglicherweise biete es sich auch an, solche Schwerpunkte aus Verwaltungssicht im Zuge der angekündigten Erläuterungen zu den bevorstehenden Organisationsänderungen darzustellen. Unter Bezugnahme auf die gewohnten regelmäßigen Berichte der Kämmerei über die aktuelle Finanzlage der Stadt würde es Ratsherr **Stein** begrüßen, wenn dem Rat zumindest ein Überblick über gravierende Abweichungen und neue Entwicklungen verschafft würde, verbunden mit einem Ausblick über die Arbeitsschwerpunkte 2006.
Nach kurzer Diskussion kündigt Bürgermeister **Forsting** an, an geeigneter Stelle innerhalb der Tagesordnung entsprechende Ausführungen vorzusehen.

1.10. Verschiedenes

1.10.1 Schreiben des Arbeitskreises Gestaltung und Verkehr des Stadtmarketings an Verwaltung und Fraktionen

Bürgermeister **Forsting** geht auf ein Schreiben des Arbeitskreises, unterzeichnet von Herrn Bernd Sax, ein, das nach dessen Inhalt auch die Fraktionsvorsitzenden erhalten haben müssten. Darin seien viele Gesichtspunkte aus der Sicht des Stadtmarketingprozesses aufgegriffen, die auch die Stadtentwicklung beträfen.

Er teile dies mit, weil die Verwaltung diese Punkte – auch ohne dass es dazu vieler einzelner Anträge der Fraktionen bedürfe - von sich aus aufgreife und in Form einer entsprechend vorstrukturierten Vorlage für die erste Sitzung 2006 des Ausschuss für Stadtentwicklung, Umweltschutz- und Bauwesen mit dem Ziel einer Beschlussempfehlung an den Rat aufbereiten werde.

Guido Forsting Bürgermeister	Reinhard Breuer Schriftführer

Anlage 1

S T A D T W I P P E R F Ü R T H

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss II / 6
Sitzungstag:	Dienstag, den 15.11.2005
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17.00 Uhr
Ende:	17.55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender:	Forsting, Guido	(Bürgermeister)
Mitglieder:		
CDU	Bongen, Hermann-Josef Bremerich, Josef Höhfeld, Rolf Kohlgrüber, Gerd Palubitzki, Lothar Scherkenbach, Friedhelm Schmitz, Annekathrin Schmitz, Bernd Stefer, Michael	
SPD	Billstein, Regina Blechmann, Karin Stein, Günter	
UWG	Koppelberg, Harald Lang, Uwe	
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	Schmitz, Andreas	
FDP	Dr. Pehlke, Michael	(beratend)
Verwaltung:	Orbach, Kurt Wollnik, Lothar Barthel, Volker	Stadtkämmerer StVD StBD
Schriftführer	Breuer, Reinhard	StAR
entschuldigt:	Grüterich, Norbert Mederlet, Frank	(CDU) (SPD)